

Bankenregulierung

Keine Ahnung

Der Handlungsbedarf ist so eindeutig, dass man seine Ursachen nur noch knapp aufzuzählen hat. Banker (respektive Bankiers) und damit Banken sind gierig, feige, verantwortungslos, verschlagen, mächtig – aber eben leider bis jetzt noch von gefährlicher Unersetzlichkeit für sonst zivilisierte Gemeinwesen. Und weil diese Meinung in den Völkern von ganz oben bis ganz unten als die einzig richtige gilt, wird nun weltweit reguliert. Sozusagen täglich irgendwo. Das ist selbstverständlich aller Ehren wert, weil das Ziel so einleuchtend für Krethi wie Plethi ist: Da Banker und Banken keine Anzeichen geben, von sich aus anständig zu werden, muss man sie fesseln – indem man sie in lebenslange Sicherheitsverwahrung steckt. Die Instrumente dafür sind, wer weiß es inzwischen nicht, weltweit unstrittig. Mehr Eigenkapital, mehr Liquidität, mehr besondere Steuern, mehr Transparenz und vor allem viel mehr Aufsicht. Soviel mehr Aufsicht, dass man zum Beispiel die Lehrstühle für Bankbetriebslehre schnell restrukturieren sollte – in Lehrstühle für Diplomaufseher; denn für Banker wird der Bedarf unbedingt sinken.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten mit der Instrumentalisierung der Krisen-Verhüterlis sind allerdings erschütternd. Man entnehme den Tagesmeldungen zur Sache derzeit als bescheidene Auswahl: Die EU-Kommission unter Michel Barnier möchte Krisenreaktionspläne für Großbanken sehen, um von vorneherein Aktionäre und Gläubiger in vorauseilender Pflicht zu sehen. „Konkrete Gesetzesvorschläge will die Kommission aber erst in den kommenden Monaten vorlegen“ – der unbeabsichtigten Nebenwirkungen wegen. Oder dieses: Die Subsidiaritätsrüge des deutschen Parlaments gegen die geplante EU-Einlagensicherung, die nur einen 100 000-Euro-Einlagenschutz vorsieht, ist mangels nachbarschaftlicher Zuversicht gescheitert. Also werden die deutschen Sparkassen und Genossenschaften irgendwann doch die eigene Institutssicherung mit der europäischen Einlagensicherung zusammen bezahlen müssen? Auch solches: Die deutsche Bankenabgabe als Sondersteuer für Sparkassen und Genos auszusetzen, soll laut Bundesregierung (und gegen Bundesrat) nicht gehen, weil ja auch die Volksbank Schilda einmal Teile der zerschlagenen Deutschen Bank aufbewahren können muss – so wie über den Verbund systemrelevant ist.

Weiter im Text: Der Finanzstabilitätsrat (FSB) der Aufseher, Notenbanken und Politiker verfolgt alle Ziele der obigen Weltmeinung aufs Intensivste. Er will nun jedoch erst einmal abwarten, was die nationalen Behörden von ihren Regierungen alles

bekommen. Und vielleicht noch knapp notiert: Die Leute von Basel III werden bei ihrer Net Stable Funding Ratio als mittelfristige Liquiditätsvorgabe, bei der (vereinfacht!) der Bestand an vorhandenen guten Passiva über dem Notwendigen liegt, noch einmal nachdenken. Denn – es könnten „unbeabsichtigte Folgen“ auftreten. Wunderfein kann man sich spezifisch Unbedachtes bei Eigenkapitalregeln übrigens gerade zum deutschen Pfandbrief vom einschlägigen Verband übermitteln lassen.

Wir hätten sonst noch unter „aktuell“ erwähnen dürfen: Keine Boni für alle bei geretteten Instituten, Schadenersatz von Bayern-Vorständen, böser Leumund für HSH-Kollegen ... Falls nun in der Bundesrepublik ein paar hunderttausend furchtbar liebe weil gewöhnliche Bankmensen um ihre ganz persönliche Zukunft bangen: Es macht doch gar nichts, dass der Sachverstand der Regulierer und der der Regulierten sich nicht immer paaren. Jedenfalls kümmert sich der Staat doch sehr. Und wir haben ja sonst überall den Konjunkturaufschwung.

Basel III

Mehr Zutrauen

Dass sich der CFS-Finanzplatzindex am Ende des dritten Quartals mit seinen 112,9 Punkten der Tendenz nach seit sechs Quartalen nach oben bewegt, ist diesmal vielleicht nur ein Nebenaspekt der regelmäßigen Befragung der Finanzmarktakteure in Frankfurt und München. Ebenso aufschlussreich sind die Ergebnisse der Sonderfragen zur Einschätzung des Basel-III-Prozesses. An diesem Punkt steigt mit der zuletzt zunehmenden Konkretisierung der Regelungen bei den hiesigen Finanzdienstleistern eindeutig die Zuversicht über deren Wirksamkeit. Rund drei Viertel der Kreditinstitute und anderen Finanzdienstleistern geben sich bei Umsetzung von einer zunehmenden Stabilität des Finanzsystems überzeugt. Und eine Mehrheit ist auch mit den angedachten Übergangsfristen einverstanden.

Noch nicht abschließend geklärt ist in Basel die Behandlung der systemrelevanten Banken. Aber auch die steht bekanntlich mit konkreter werden den Vorschlägen auf der Agenda der internationalen Gremien. Auf diesen Teil der Krisenbewältigung sollte man sicher nicht verzichten. Ihn in der Öffentlichkeit als Maßnahme zur Bestrafung der Übeltäter zu kultivieren, wie das in der Politik und speziell in den beiden Verbänden zuweilen zu beobachten ist, könnte indes gefährlich werden. Denn sollten an dieser und anderen Stellen – wie vom Bundesverband deutscher Banken (BdB) jetzt thematisiert – viele deutsche Sonderregelungen

kommen, betrifft das die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts als Ganzes. Insofern wäre es klug, sich rechtzeitig zu überlegen, ob und inwieweit man auf die Sonderbelastungen für die deutsche Kreditwirtschaft verzichten oder sie im Zuge der internationalen Regelungen zur Anrechnung bringen kann.

Wettbewerb

Gemeinsame Standortinteressen

Bewusst drastisch hat der Vorstand des BdB zu Beginn der letzten Oktoberwoche eine Erklärung an Politik und Öffentlichkeit formuliert. Die Klage über diverse Alleingänge der Bundesregierung mit steuerähnlichen Belastungen gipfelt in der allgemein gehaltenen Klage: „Die deutsche Kreditwirtschaft hat ihre Belastungsgrenze erreicht.“ Konkret wird massiv davor gewarnt, durch nationale Sonderregelungen wie die Gesetzgebung zu Bankenabgabe, Finanzierungsanforderungen, Einlagensicherung und Finanzaktivitätssteuer die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Unter Verweis auf die volkswirtschaftliche Bedeutung eines funktionierenden Bankensystems wird die deutsche Politik aufgefordert, „sich deutlich hinter die deutschen Banken zu stellen.“

Was auf den ersten Blick auch nach Dissonanzen zwischen den großen Bankengruppen klingt, ist bei näherem Hinsehen auch ein vernünftiger Appell für eine gemeinsame Interessenvertretung des Bankenstandorts Deutschland. Denn den regulatorischen Vorgaben über den Basel-III- und den G20-Prozess werden sich die hiesigen Kreditinstitute ohnehin nicht entziehen können. Und wenn auf dieser Ebene unterschiedliche Eigenkapitalbelastungen für systemrelevante Banken auf der Tagesordnung stehen (wie sie in der Schweiz schon öffentlich sind und international im kommenden Jahr beschlossen werden sollen), muss man diese Unterschiede nicht noch zusätzlich in eine nationale Regelung wie eine Bankenabgabe einbeziehen. Ein Bankhaus Max Flessa oder eine Castell Bank, darauf weist der BdB zu Recht hin, sollten in diesen Fragen nicht anders behandelt werden wie die Primärbanken aus dem Sparkassen- und Genossenschaftssektor. Und die großen Verbundunternehmen einschließlich Landesbanken und genossenschaftlichen Zentralbanken sind unter dem Aspekt der Systemrelevanz ebenso zu berücksichtigen wie eine Commerzbank oder Deutsche Bank. Ist es in diesem Sinne für alle Bankengruppen nicht höchste Zeit, in Brüssel und weltweit die gemeinsamen Standortinteressen zu vertreten statt sich im Clinch um mögliche Wettbewerbsverzerrungen durch deutsche Sonderwege aufzureiben?

In einer wichtigen Frage ist die deutsche Kreditwirtschaft diesem allgemeinen Konsens offensichtlich schon näher gerückt. Mit Blick auf Basel III fehlt seit geraumer Zeit in kaum einem Statement von Bankern aller Institutsgruppen ebenso wenig wie bei den Regulatoren und vielen Verantwortlichen in der Politik die klare Forderung nach einem Junktum der Einführung in der EU und in den USA.

Übrigens: Wie sich das Klima zwischen den drei großen Bankengruppen aktuell entwickelt, lässt sich am 5. November auf der 56. Kreditpolitischen Tagung dieser Zeitschrift in Frankfurt miterleben. Unter dem Thema „Der Staat und die Banken“ sprechen und diskutieren dort der Bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon sowie die Präsidenten der drei großen deutschen Bankenverbände Uwe Fröhlich (BVR), Heinrich Haasis (DSGV) und Andreas Schmitz (BdB).

Ertragslage

Stabile Primärbanken

Im Berichtsjahr 2009 wurden von 3,5 Prozent der deutschen Banken Verluste generiert. Diese Botschaft aus dem traditionellen Bericht der Bundesbank zur Ertragslage der deutschen Kreditinstitute klingt weit weniger dramatisch als es angesichts der umfangreichen Hilfs- und Unterstützungsaktionen vom Herbst 2008 bis weit in das Berichtsjahr hinein zu erwarten war. Aber sie ist auch nur ein Teil der Notenbankanalyse. Denn die Gewinne des großen Rests der Branche – also satten 96,5 Prozent der Institute – konnten diese Verluste nicht ausgleichen. Insgesamt musste das deutsche Kreditgewerbe damit nach 2008 zum zweiten Mal in Folge einen Jahresfehlbetrag vor Steuern verbuchen. Mit 2,9 Milliarden Euro ist dieser zwar längst nicht mehr so dramatisch hoch wie die minus 22,1 Milliarden Euro im Jahre 2008, aber in einem Jahr der starken (geld-)politischen Fürsorge bleibt er dennoch ein ernst zu nehmendes Warnsignal.

Dass die kleine Minderheit der Verlustbringer insgesamt knapp ein Drittel der Bilanzsumme aller deutschen Kreditinstitute abdeckt, weist zudem auf die Struktur der Problemzone hin. Es sind demnach tendenziell die größeren Institute, die von Ertragsorgen geplagt werden. Speziell einzelne Institute aus der Gruppe der Großbanken, der Landesbanken und der Realkreditinstitute führen im Ergebnis in ihrer jeweiligen Gruppe und der deutschen Kreditwirtschaft insgesamt zu dem erneuten Jahresfehlbetrag vor Steuern wie der Bundesbankbericht festhält. Ein Abrutschen in die Verlustzone vermeiden konnte übrigens soeben noch die

Gruppe der Regionalbanken. Weitgehend unbeachtet von der öffentlichen Wahrnehmung stehen hier nach einem dramatischen Rückgang noch überschaubare zwei Millionen Euro als Jahresüberschuss vor Steuern zu Buche (nach 1,301 Milliarden Euro im Vorjahr).

Deutliche Ertragssprünge zeichneten im Berichtsjahr allein die Primärinstitute der beiden Verbundgruppen aus. So legten die Sparkassen von 2,161 auf 4,713 Milliarden Euro gleich um 118 Prozent zu. Und die Kreditgenossenschaften brachten es mit 3,41 (2,039) Milliarden Euro auf ein Plus von gut 67 Prozent. Auch wenn die Bundesbank bei den Primärbanken der Verbände ausdrücklich auf die günstige Konstellation für die Fristentransformation hinweist, zeigen beide Bankengruppen im Vergleich der Ertragszahlen über die vergangenen zehn Jahre eine erstaunliche Stabilität. Gewiss neigen dabei sowohl die Sparkassen als auch die Kreditgenossenschaften selbst in guten Kapitalmarktjahren zu vergleichsweise bescheidenen Renditekennziffern, und spürbare Sprünge bei der Entwicklung der Renditen sind ebenfalls nicht zu registrieren. Aber dafür hat ihre vergleichsweise Konstanz eindeutig eine stabilisierende Wirkung auf das gesamte deutsche Bankensystem.

Ein wenig getrübt wird diese Erkenntnis freilich durch die Verbindung mit den gruppeneigenen Zentralinstituten, also den genossenschaftlichen Zentralbanken und insbesondere den Landesbanken im Sparkassenlager. Während Letztere im Berichtsjahr erneut einen kräftigen Jahresfehlbetrag vor Steuern verkraften mussten (minus 5,229 nach minus 6,051 Milliarden Euro), haben die genossenschaftlichen Zentralbanken mit plus 696 Millionen Euro (nach minus 416 Millionen Euro im Vorjahr) immerhin den Swing geschafft. Ganz als ungefährdete Insel der Stabilität sollten sich die Primärbanken des Genossenschafts- wie des Sparkassensektors deshalb doch nicht fühlen. Denn irgendetwas gehören doch auch die Zentralinstitute als elementare Teile zu ihren jeweiligen Finanzverbänden.

Hedgefonds

Wichtiger Schritt

Gratulation an die EU-Finanzminister. Es war wichtig, vor dem G20-Treffen in Seoul noch eine Einigung bei der Regulierung von Hedgefonds zu erreichen. Dass ab 2013 der Euro-Pass kommt und im Rahmen des zugehörigen Regelwerks Mindestkapital, Risikomanagement, die Nutzung einer Depotbank und Offenlegungspflichten bezüglich Bewertungsmethoden, Anlagestrategien und des

Risikohebels vorgeschrieben werden, ist ein überragender Schritt in die richtige Richtung. Länder aus Drittstaaten können den Pass ab 2015 beantragen. Zwar wäre es grundlegend falsch, alle Anbieter über einen Kamm zu scheren und pauschal als böse und als Verursacher der Krise zu verurteilen. Mitunter haben die Vehikel während der Finanzkrise nachweislich stabilisierend gewirkt. Dennoch müssen den schwarzen Schafen der Industrie angesichts der signifikanten Volumen und der hohen „Systemrelevanz“ sinnvolle Grenzen gesetzt werden.

Ebenso wichtig ist eine bessere Regulierung der Anlagevehikel, da die jüngsten Schlagzeilen bei denen Unmut aufkommen lassen, die den Hedgefonds einen zu leichtsinnigen Risikoappetit zusprechen: Für die hohen Renditen – im September wurde mit einem Plus von 3,5 Prozent die zweitbeste Monatsperformance seit Mai 2003 vermeldet – wurden in der Branche mitunter deutlich höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten in Kauf genommen, hat der britische Hedgefonds-Betreiber Man Group gerade erst analysiert. Nicht umsonst hatte auch Bundesbankpräsident Weber unlängst davor gewarnt, die Rückkehr des Finanzsystems zur Normalität bereits jetzt zu postulieren. Das Ende der Krise sei keinesfalls erreicht, solange nicht die notwendigen Reformen umgesetzt sind und mehr Stabilität geschaffen wurde. Dass er sich dabei insbesondere auf die Hedgefonds- und Derivateindustrie in den angelsächsischen Ländern bezog, hätte er nicht einmal besonders betonen müssen.

Letztlich ist das nun erfolgte Vorpreschen der EU-Finanzminister auch nur ein Teilerfolg. Denn zum einen musste man Großbritannien bei der Forderung nachgeben, dass Drittländer wie die USA noch länger ohne EU-Pass in einzelnen Ländern der Eurozone tätig sein können – bis mindestens 2018 steht ihnen dies nun offen. Auch hat man es zeitlich nicht geschafft, vor Seoul einen Parlamentsbeschluss herbeizuführen, der ein deutlicheres Signal gesendet und eine stärkere Verhandlungsbasis dargestellt hätte. Zum anderen freilich steht die Entscheidung auf G20-Ebene noch aus. Hedgefonds, das haben gerade die letzten beiden Jahre deutlich gezeigt, stellen angesichts der weitreichenden Verflechtungen in der Finanzwirtschaft eine internationale Herausforderung dar. Inselösungen, selbst wenn sie immerhin die EU – samt Großbritannien – umfassen, können die Problematik nur wenig entschärfen beziehungsweise verlagern sie lediglich. Ein „System der Schattenbanken“, wie der Bundesbankpräsident es plakativ formulierte, muss in allen wichtigen Märkten der Welt verhindert werden, um Intransparenzen wirksam zu verringern. Hier eine kluge Entscheidung herbeizuführen, obliegt dem bevorstehenden G20-Treffen. Erst wenn dies geschafft ist, sind die wahren Glückwünsche angebracht. ■■■■■